

Ein Dossier der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt von Engagement Global in Zusammenarbeit mit der Redaktion WELT-SICHTEN.

Zeit, um neue Wege zu gehen

Wie Städte, Gemeinden und Landkreise zu „Global Nachhaltigen Kommunen“ werden

**ENGAGEMENT
GLOBAL**

Service für Entwicklungsinitiativen



mit ihrer

SERVICESTELLE
KOMMUNEN IN DER EINEN WELT

Mit Mitteln des



Bundesministerium für
wirtschaftliche Zusammenarbeit
und Entwicklung

Mit Nachhaltigkeitswochen,
wie hier in Regensburg, machen
Städte in vielen Bereichen des
öffentlichen Lebens auf Themen der
Nachhaltigkeit aufmerksam.

Foto: Stadt Regensburg, Stefan Effenhauser



Editorial



Dr. Jens Kreuter
ist Geschäftsführer von
Engagement Global –
Service für Entwicklungsinitiativen.

Liebe Leserinnen und Leser,

der russische Angriffskrieg in der Ukraine hat in den vergangenen Monaten vielen Menschen bewusst gemacht, wie fragil Frieden, Sicherheit und Wohlstand sind. Klarer als je zuvor ist, dass wir uns kontinuierlich für eine „gute“ Zukunft stark machen müssen – in Europa und weltweit.

Eine „gute“ Zukunft ist eine nachhaltige Zukunft und beinhaltet außer Frieden, Sicherheit und Wohlstand viele weitere Aspekte wie Nahrungssicherheit und Klimaschutz. Um diese zu erreichen, haben die Vereinten Nationen 2015 die Agenda 2030 mit den 17 Zielen für nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development Goals, SDGs) verabschiedet.

Im Jahr 2022 blicken wir bei Engagement Global auf einige bereits erreichte Meilensteine zurück: Vor 30 Jahren, 1992, wurde bei der UN-Konferenz in Rio de Janeiro die Agenda 21 als entwicklungs- und umweltpolitisches Aktionsprogramm für das 21. Jahrhundert verabschiedet, die weltweit und auch in Deutschland zahlreiche lokale Nachhaltigkeitsinitiativen entstehen ließ. Vor 20 Jahren, 2002, entstand die Servicestelle Kommunen in der Einen Welt (SKEW), um dieses kommunale Engagement für eine global nachhaltige Zukunft zu fördern. Die SKEW gehört seit 2012 zu Engagement Global, die seit zehn Jahren Vereine, Initiativen, Stiftungen, Schulen und Kommunen in deren entwicklungspolitischer Arbeit für ein gerechtes und nachhaltiges globales Miteinander unterstützt.

Globale Nachhaltigkeit beginnt vor Ort – daher stellen wir Ihnen in diesem Dossier einige engagierte Kommunen vor, die sich auf unterschiedliche Weise erfolgreich auf den Weg gemacht haben, eine „Global Nachhaltige Kommune“ zu werden und die wir gerne dabei unterstützen, sich für eine nachhaltige Zukunft einzusetzen.

Ihr Jens Kreuter

Inhalt

3 30 Jahre lokale Nachhaltigkeit

In Bonn ist das Streben nach mehr Nachhaltigkeit in der Verwaltung und der Gesellschaft fest etabliert
Verena Schwarte

6 Kommunale Planungsprozesse neu gedacht

Wie Städte, Landkreise und Gemeinden sich strategisch für die Zukunft rüsten
Annette Turmann

7 „Wir dürfen keinen Tag mehr verlieren!“

Gespräch mit Stefan Wilhelmy über den Weg vom punktuellen Engagement für kommunale Nachhaltigkeit hin zu strategischem Handeln

8 Über Bundesländergrenzen hinweg

Wie Kommunen für ihr Streben nach Nachhaltigkeit voneinander profitieren
Verena Schmidt

10 Fahrplan für kommunale Nachhaltigkeit

Die Stadt Essen hat eine ambitionierte Nachhaltigkeitsstrategie entwickelt und verabschiedet
Nils Ole Haar

11 Landkreise auf Nachhaltigkeits-Kurs

Über die Erfahrungen bei der Entwicklung einer Nachhaltigkeitsstrategie – Gespräch mit Heike Burkhardt, Donau-Ries-Kreis, und Lisa Rodermann, Kreis Euskirchen

14 Damit Kommunen Nachhaltigkeit messen und Strategien nachsteuern können

Den Nutzen des Berichtsrahmens Nachhaltige Kommune erklärt Anna Nagel vom Rat für Nachhaltige Entwicklung

15 Nachhaltigkeit: ein Muss für jede Stadt

Pirna nutze für die Stadtentwicklung den Berichtsrahmen Nachhaltige Kommune
Norbert Kaiser

16 Wirkungsorientierter Haushalt in Kiel

Die Ausgaben der Stadt sollen sich in Zukunft an konkreten Nachhaltigkeitszielen orientieren
Julis Wenzig und Sebastian Ohlmeyer

18 Auf dem Weg zu einer „Global Nachhaltigen Kommune (GNK)“**19 Beratungs- und Unterstützungsangebote für kommunale Entwicklungspolitik**



Foto: Stadt Bonn

30 Jahre lokale Nachhaltigkeit

In Bonn ist das Streben nach mehr Nachhaltigkeit in der Verwaltung und der Gesellschaft fest etabliert

| Verena Schwarte

Die Stadt am Rhein gilt als Vorreiter bei der kommunalen Umsetzung der Agenda 2030. Dank der Unterstützung des Projekts „Global Nachhaltige Kommune“ der SKEW verfügt Bonn seit 2019 über eine Nachhaltigkeitsstrategie und hat als eine der ersten deutschen Städte einen internationalen Bericht zur lokalen Umsetzung der Agenda 2030 veröffentlicht.

Global denken – lokal handeln! Dieser Aufruf ging nach dem Erdgipfel von Rio 1992 um die Welt und mobilisierte viele Menschen, sich für eine nachhaltige Zukunft zu engagieren. Meist durch die Zivilgesellschaft initiiert, begannen in Städten und Gemeinden zahlreiche „Lokale Agenda-Prozesse“, bei denen vor allem Umweltthemen im Vordergrund standen und die über lokale Initiativen auch in den Rathäusern Einzug hielten. So wurde vielerorts der Grundstein für ein von zahlreichen Akteuren getragenes Engagement gelegt, um die Umsetzung der globalen Agenda der Vereinten Nationen vor Ort zu unterstützen. Bemerkenswert war dabei der Schlußschluss von zivilgesellschaftlichen Initiativen und Kommunen. Im Jahr 1997 wurde, wie

an vielen anderen Orten auch, in Bonn gemäß Beschluss des Rats der Stadt ein „Lokale-Agenda-Büro“ mit anfangs zwei Personalstellen eingerichtet.

Auch heute noch unterstützt das Bonner Lokale-Agenda-Büro, das seit Anfang 2022 „Büro für lokale Nachhaltigkeit“ heißt, einen Arbeitskreis mit Initiativen, Organisationen und Vereinen, koordiniert entsprechende Aktivitäten und begleitet zahlreiche Projekte für Nachhaltigkeit. Das Büro dient außerdem

Mit dem „Bonner 17 Ziele Glücksrad“ lernen Bürgerinnen und Bürger die „Sustainable Development Goals“ (SDGs) kennen.

als Anlaufstelle für interessierte Bürgerinnen und Bürger und gibt regelmäßige Newsletter mit Informationen zur Umsetzung der Lokalen Agenda in Bonn heraus sowie den Infobrief „Nachhaltigkeit lernen“, einen Informationsdienst für Lehrerinnen und Lehrer sowie Erzieherinnen und Erzieher. Der Erfahrungsaustausch mit anderen Städten ist dabei ebenso wichtig wie die Vernetzung innerhalb der Stadt und die lokale Weiterentwicklung der Agenda 2030.

Über die Jahre sind weitere Aufgaben hinzugekommen. Seit 2005 erstellt das Agenda-Büro in einem dreijährigen Turnus einen Nachhaltigkeitsbericht für die Stadt. Seit 2010 werden von hier aus die Aktivitäten Bonns als Fairtrade-Town und zur fairen Beschaffung koordiniert. Im Agenda-Büro ist zudem das Engagement als Bio-Stadt angesiedelt: Im Zusammenspiel mit zahlreichen Initiativen und Organisationen setzt sich die Stadt seit 2019 für mehr Biokost in Kindertagesstätten, Schulen und öffentlichen Einrichtungen und für eine schrittweise Umstellung der städtischen landwirtschaftlichen Flächen auf eine ökologische Bewirtschaftung ein.

| Langjähriges Engagement in kommunalen Partnerschaften

Bonn engagiert sich nicht nur vor Ort, sondern ist auch seit vielen Jahren international aktiv. Ganz im Sinne der Agenda 2030 und des Nachhaltigkeitsziels zu globalen Partnerschaften (SDG 17) arbeitet Bonn mit Städten in anderen Kontinenten und in internationalen Netzwerken zusammen.

Städtepartnerschaften der Stadt Bonn

- Minsk**, Belarus (seit 1993)
- Ulan Bator**, Mongolei (seit 1999)
- Buchara**, Usbekistan (seit 2003)
- La Paz**, Bolivien (seit 2002)
- Cape Coast**, Ghana (seit 2008)
- Chengdu**, China (seit 2009)

Zudem bestehen eine Städtefreundschaft mit Tel Aviv, Israel, und eine Kooperation mit Ramallah in den Palästinensischen Gebieten.

Foto: Bonn.digital GbR/ Sascha Foerster, Johannes Mirus



Die ersten Partnerschaften mit Städten jenseits von Europa entstanden bereits in den 1990er-Jahren. 1999 beschloss der Stadtrat ein Konzept für internationale Kontakte, mit dem Bonn insbesondere an Nachhaltigkeitsthemen orientierte Projektpartnerschaften mit Städten des Globalen Südens anstrebte. Heute gibt es offizielle Partnerschaften mit sechs Städten auf vier Kontinenten.

Das Themenspektrum der Zusammenarbeit reicht von der Einführung klimafreundlicher Energieerzeugung in La Paz über Umweltbildung in Cape Coast bis hin zur nachhaltigen Gestaltung des Tourismus in Buchara. Bonn gehörte damit in den 1990er-Jahren bundesweit zu den ersten Städten, die in weltweiten Städtepartnerschaften zu kommunalen Nachhaltigkeitsthemen arbeiteten. Mit Leben erfüllt werden die Partnerschaften auch durch das zivilgesellschaftliche Engagement von Partnerschaftsvereinen und weiteren Initiativen.

Auch auf der politischen Ebene hat sich Bonn für eine Stärkung der Rolle der Kommunen in der internationalen Zusammenarbeit eingesetzt. In Bundes- und Landesgremien warb die Stadt für die Anerkennung der Kommunen als entwicklungspolitische Akteure. Eine wesentliche Rolle spielte Bonn etwa bei der Etablierung der SKEW, indem sie von 2002 bis 2011 für den Aufbau der Organisation Personal bereitstellte. Bis heute ist Bonn Mitglied des Programmbeirats der Ser-

vicestelle, die mit ihren Förder- und Unterstützungsangeboten eine zentrale Anlaufstelle für entwicklungspolitisch interessierte Kommunen geworden ist.

| Die Millenniumsentwicklungsziele bringen neue Impulse

Mit dem Beschluss der Millenniumsentwicklungsziele (Millennium Development Goals, MDGs) durch die UN-Generalversammlung im Jahr 2000 rückte die weltweite Armutsbekämpfung und die Eine-Welt-Arbeit auch in Bonn stärker in den Blick. MDG 8 verpflichtete die Industrieländer, sich in Partnerschaften für die Gleichberechtigung aller Länder einzusetzen. Bildung für Nachhaltige Entwicklung und die weltweite Mobilisierung für die Erreichung der MDGs waren wichtige Säulen.

Für Bonn als Sitz der Deutschen UNESCO-Kommission und des deutschen Büros der Millenniumskampagne waren die MDGs in besonderer Weise Verpflichtung und Ansporn für das eigene Engagement. Im Jahr 2005 stellte die Bundesstadt zum Beispiel ihre jährliche öffentliche Publikumsveranstaltung zum UN-Tag, dem Geburtstag der Vereinten Nationen, unter das Dachthema der MDGs. Um den zahlreichen Initiativen, Vereinen und Organisationen, die sich hier für die Erreichung der MDGs engagierten, eine gemeinsame Stimme zu geben, initiierte das Amt für Internationales und globale Nachhaltigkeit die Gründung des „Bonner Netzwerks für Entwicklung“. Als Plattform für Entwicklungsthemen versammelt es ak-

Bei den Bonner SDG-Tagen schmückt 2021 ein Regenschirmdach in den Farben der 17 UN-Nachhaltigkeitsziele eine Einkaufsstraße.

tuell 69 vorwiegend ehrenamtlich getragene Vereine und Organisationen. Zusammen mit dem Netzwerk organisierte die Stadt verschiedene Großveranstaltungen wie die SDG-Tag 2021 mit einer 14-tägigen SDG-Zone in der Innenstadt.

| Wegweisend: die Agenda 2030

Die 2015 verabschiedete Agenda 2030 betont die Bedeutung eines solch global-lokalen Ansatzes. Sie zeigt auf, wie wichtig der Beitrag der Industrieländer für eine nachhaltige Zukunft ist, und erkennt die besondere Bedeutung der Städte für die Erreichung der SDGs immer mehr an.

Der Rat der Stadt Bonn beschloss unmittelbar nach der Verabschiedung der Agenda 2030 im Februar 2016, die Umsetzung der SDGs auf der kommunalen Ebene voranzutreiben. Als eine der ersten Kommunen in Deutschland zeichnete Bonn die Musterresolution zur Agenda 2030 des Deutschen Städtetages und der deutschen Sektion des Rates der Gemeinden und Regionen Europas.

Zeitgleich hat sich Bonn an dem Pilotprojekt „Global Nachhaltige Kommune“ der SKEW in Zusammenarbeit mit der Landesarbeitsgemeinschaft Agenda 21 NRW (LAG 21 NRW) beteiligt, um eine Nachhaltigkeitsstrategie zu erarbeiten. Mit dieser im Februar 2019 beschlossenen Strategie führte die Stadt erstmals ein systematisches Ziel- und Steuerungsinstrument für eine nachhaltige Entwicklung ein. Diese Strategie ist das Herzstück der Bemühungen, die Agenda 2030 auf die lokale Ebene zu bringen.

Im Erarbeitungsprozess zeigte sich, wie eng viele kommunale Handlungsfelder zusammenhängen und sich gegenseitig beeinflussen. So konnten Synergien, aber auch Zielkonflikte identifiziert werden. Synergien entstehen zum Beispiel, wenn die Schaffung von Klimakorridoren auch den Erhalt von Biodiversität im urbanen Raum unterstützt. Dabei war es hilfreich, dass sich alle Dezernate der Verwaltung beteiligten, aber auch Zivilgesellschaft, Wissenschaft, Politik und Wirtschaft.

In Bonn gibt es eine sehr engagierte Zivilgesellschaft, die schon viele Nachhaltigkeitsaktivitäten angestoßen hat. Besonders ein-

drucksvoll ist etwa das Beteiligungsverfahren „Bonn4Future“, bei dem die lokale Transition-Town-Initiative „Bonn im Wandel“ eng mit der Verwaltung zusammenarbeitet, um den Weg zu einem klimaneutralen Bonn auszugestalten. Dieser Prozess wurde durch einen Bürgerantrag von mehr als 50 zivilgesellschaftlichen Initiativen gestartet.

Förderlich ist auch die enorme Expertise, die in Bonn in den UN-Organisationen, Wissenschaftsinstitutionen und internationalen Organisationen zu finden ist. So erhielten etwa die Amtsleitungen der Verwaltung quasi aus erster Hand von Fachleuten der UN eine Einführung in die Agenda 2030.

| Die Nachhaltigkeitsstrategie als fester Anker

Heute sehen wir, dass sich zahlreiche politische Entscheidungsvorlagen auf die Nachhaltigkeitsstrategie beziehen. Sie wird oft als Referenzrahmen genutzt und trägt dazu bei, Nachhaltigkeitsbemühungen ein stärkeres Mandat und mehr Verbindlichkeit zu geben, da sie ein konkretes Leitbild für 2030 beinhaltet. Auch bei Anträgen von Bürgerinnen und Bürgern lässt sich dies beobachten. So schafft die Strategie auch eine größere Verbindlichkeit zwischen der Stadt und ihren Bürgerinnen und Bürger.

Zunehmende Bedeutung erhalten Steuerungsinstrumente wie die indikatorenbasierte Nachhaltigkeitsberichterstattung und die an Nachhaltigkeitskriterien orientierte Haushaltsplanung. Im Zuge dessen wurde 2020 Bonns erster Bericht zur lokalen Umsetzung der Agenda 2030 (Voluntary Local Review) erstellt und bei den Vereinten Nationen eingereicht. Er ist stärker als die bisherige Nachhaltigkeitsberichterstattung auf die SDGs und eine Verknüpfung mit den konkreten Zielsetzungen der Nachhaltigkeitsstrategie ausgerichtet. Es soll ein zweiter freiwilliger Bericht erscheinen, dessen Erstellung das Projekt „Global Nachhaltige Kommune“ der SKEW unterstützt.

| Neue Netzwerke für die Transformation vor Ort

Die Agenda 2030 hat die Umweltakteure der Lokalen Agenda und die Eine-Welt-Akteure, die sich für die MDGs eingesetzt hatten, verstärkt unter einer gemeinsamen Vision zu-

sammengebracht. Engagement vor Ort oder international gehören zusammen und sind beide notwendig. Aber die Wirkung der Agenda 2030 geht weit darüber hinaus: Zivilgesellschaft, Wirtschaft, Wissenschaft – sie alle beschäftigen sich mit den SDGs und bilden dazu neue Allianzen. Nachhaltigkeitsthemen sind in der Mitte der Gesellschaft angekommen und es entstehen viele neue – und dringend notwendige – Bündnisse.

So haben sich beispielsweise in Bonn sechs führende Wissenschaftsinstitutionen zur Bonner Allianz für Nachhaltigkeitsforschung zusammengeschlossen. Unterschiedlichste Akteure intensivieren ihre Zusammenarbeit zu ausgewählten SDGs in Netzwerken wie dem Bonn Water Network und dem Bonner Netzwerk Internationaler Katastrophenschutz und Risikomanagement. Zudem hat die Stadt die Gründung eines Nachhaltigkeits hubs für wirtschaftliche Aktivitäten initiiert.

Dabei ist es wichtig, die Anknüpfungspunkte, die die Agenda 2030 für die Lebenswirklichkeit der Menschen in Bonn bietet, in den Blick zu nehmen und das große Konzept einer nachhaltigen Entwicklung auf lokale Handlungsansätze herunterzubrechen. Was können wir vor Ort für die große Zahl von Geflüchteten tun? Was können wir vor Ort gegen den Klimanotstand tun? Wo stehen wir beim Schutz der natürlichen Ressourcen? In Bonn wurden mit Informationsangeboten und politischen Beschlüssen frühzeitig die Weichen für ein gezieltes Engagement gestellt, um die SDGs an die Erfordernisse angepasst umzusetzen. Dabei haben die Zivilgesellschaft und internationale Organisationen oft mit Tatkraft und Expertise der Stadtverwaltung zur Seite gestanden. Dieses Momentum gilt es weiter voranzutreiben. | |



Verena Schwarte arbeitet im Amt für Internationales und globale Nachhaltigkeit bei der Bundesstadt Bonn.

Kommunale Planungsprozesse neu gedacht

Wie Städte, Landkreise und Gemeinden sich strategisch für die Zukunft rüsten

Foto: Biosphärenreservat Pfälzer Wald-Nordvogesen/ S. Ofer



Auftaktveranstaltung zum Projekt „Pfälzerwald: SDG-Modellregion für ein nachhaltiges Rheinland-Pfalz“.

Kommunale Führungskräfte spielen bei der Gestaltung der Zukunft ihrer Kommune eine besonders zentrale Rolle. Allein nur Chefsache ist Nachhaltigkeit allerdings nicht und so müssen alle Mitarbeitenden der Verwaltungen bei der Entwicklung von Nachhaltigkeitsstrategien mit eingebunden werden. Doch so verschieden Kommunen sind, so verschieden sind auch ihre Wege zum gleichen Ziel.

| Fortschritte messen

Die Nachhaltigkeitsberichterstattung über die lokale Umsetzung der SDGs schafft Transparenz und zeigt kommunale Führungsstärke, Offenheit und Verantwortlichkeit. Hier zählen keine gut gemeinten Worte, sondern Fakten, die auf erhobenen Kennzahlen basieren. Der Berichtsrahmen Nachhaltige Kommune (BNK) bietet als Vorlage dazu Orientierung, wie sich der Fortschritt der nachhaltigen Entwicklung vor Ort messen und damit steuerbar machen lässt. Zudem ist weltweit eine wahre Bewegung für die Erstellung von sogenannten Voluntary Local Reviews (VLRs) entstanden. Diese lokalen freiwilligen Nachhaltigkeitsberichte über die Umsetzung der Agenda 2030 erfassen systematisch Ergebnisse, um Erfolge zu bilanzieren und Handlungsbedarfe aufzuzeigen.

| Breites Unterstützungsangebot

Das Projekt „Global Nachhaltige Kommune“ unterstützt Kommunen mit vielfältigen Beratungsangeboten bei der strategischen und operativen Planung und Umsetzung der Agenda 2030. Kommunen können diese Unterstützung nutzen, um Nachhaltigkeitsstrategien und -berichte zu entwickeln und ihre Angebote der Daseinsvorsorge im Sinne der Agenda 2030 intelligent, zukunftsorientiert und im Sinne der Bürgerinnen und Bürger zu gestalten. So können sie dazu beizutragen, allen Nachfolgenerationen eine lebenswerte Welt zu erhalten. | |



Annette Turmann
ist Abteilungsleiterin
„Global Nachhaltige
Kommune“ bei der SKEW.

| Annette Turmann

Nachhaltigkeit und globale Verantwortung – dies sind die großen Themen des 21. Jahrhunderts. Die Agenda 2030 hat sie 2015 zu nachhaltiger Entwicklung zusammengeführt. Dieser Idee folgt auch das Projekt „Global Nachhaltige Kommune“, mit dem die SKEW Kommunen unterstützt und Themen der kommunalen Entwicklungspolitik und Nachhaltigkeit gleichermaßen miteinander verzahnt und im Verwaltungsalltag verankert.

Als das Projekt startete, zeigten sich Kommunen beim Thema Nachhaltigkeit noch zurückhaltend. Der Begriff Nachhaltigkeit rief gewisse Ermüdungserscheinungen hervor. Viele Jahre hatten sie sich mit der Umsetzung der in Rio de Janeiro 1992 beschlossenen Agenda 21 auseinandergesetzt. Mit der Verabschiedung der Agenda 2030 begann allerdings eine frische Brise in das Segel der Nachhaltigkeit zu wehen und sie brachte genau zum richtigen Zeitpunkt neue Dynamiken hervor.

| Langfristige Planung als Antwort auf dynamische Veränderungen

Es ist die Zeit des schnellen Wandels und Kommunen verändern sich in rasantem Tempo. So hat sich auch die Beziehung der Kommunen zu Nachhaltigkeit und globaler Verantwortung aus der Notwendigkeit und einem neuen Bewusstsein heraus geändert. Nachhaltigkeit beginnt bereits im Kleinen. Um die zunehmenden Herausforderungen meistern zu können,

brauchen Kommunen jedoch ein neues Verständnis von Planung und Gestaltung.

Das Engagement von Kommunen ist großartig und die Anzahl einzelner Nachhaltigkeits- und Entwicklungsprojekte hat immens zugenommen. Um sicherzugehen, dass die Aktivitäten verschiedener operativer Einheiten ihre volle Wirkung entfalten, müssen sie besser miteinander verknüpft sein. Nur so können Synergieeffekte zum Tragen kommen und positive Gesamtergebnisse entstehen.

Die Entwicklung einer kommunalen Nachhaltigkeitsstrategie ist bestens dafür geeignet, Kommunen gezielt auf ihre Zukunft vorzubereiten und die hierfür notwendigen Maßnahmen unter einem Dach zu bündeln. Leider bleibt für eine vorausschauende, strategische Planung in der Hektik des Verwaltungsalltags meist kaum Zeit. Die Kommunen sollten sich aber diese Zeit nehmen, denn die Investitionen werden sich später auszahlen.

Um ein erfolgreiches Nachhaltigkeitsmanagement zu garantieren, stellt Planung eine unverzichtbare Basis dar. Hierbei ist es vor allem notwendig, vorausschauend zu handeln und eine Vision als Orientierungsrahmen für die Entwicklung der Kommune zu erarbeiten. Bei der operativen Planung kommt es darauf an, konkrete Ziele festzulegen, diese klar zu kommunizieren und mit fassbaren Zielgrößen zu hinterlegen.

„Wir dürfen keinen Tag mehr verlieren!“

Gespräch mit Stefan Wilhelmy über den Weg vom punktuellen Engagement für kommunale Nachhaltigkeit hin zu strategischem Handeln

Herr Dr. Wilhelmy, wie betrachten Sie heute die kommunale Wahrnehmung der globalen Agenden seit den 1990er-Jahren?

Stefan Wilhelmy: Die Themen globaler Nachhaltigkeit haben heute in den Kommunen eine deutlich höhere strategische Relevanz und Dynamik, aber natürlich auch eine dramatische und existentielle Dringlichkeit. Grundsätzlich wurde die Agenda 21 in den 1990er-Jahren von Kommunen und Kommunalverbänden zwar sehr positiv wahrgenommen, weil diese ihre Rolle für die Bewältigung globaler Aufgaben aufgewertet hat. Gleichzeitig nahmen in vielen Kommunen die Politik und Verwaltung die Agenda 21 häufig nur als eine „Spielwiese“ einzelner Akteure wahr und stellten die Legitimation lokaler Agenda-Gruppen infrage. Für diese Kommunen war die Agenda 21 eine Zusatzaufgabe, die keinen Eingang in ihre Strategiebildung fand – obwohl deren Kapitel 28 vorsah, dass alle Kommunen weltweit bis Ende 1996 eine Strategie im Sinne einer Lokalen Agenda 21 erarbeiten sollten. Diese Zielsetzung wurde bis heute nicht erreicht.

Nachdem die Millenniumsentwicklungsziele ab dem Jahr 2000 ihren Schwerpunkt auf die Partnerländer der internationalen Zusammenarbeit legten, kam 2015 mit der Agenda 2030 neuer Schwung in das kommunale Engagement für Nachhaltigkeit und Entwicklung. Kommunen reagierten deutlich schneller als noch 1992 und nahmen ihre Verantwortung für die Lokalisierung der Agenda 2030 direkt an.

Wie haben Sie diesen Wandel in Ihrer eigenen Arbeit erlebt?

Es war ein langer Weg, bis die kommunale Entwicklungspolitik als eigenständiges Thema verankert werden konnte. Es existierten bis Anfang der 2000er-Jahre keine Strukturen auf Landes- oder Bundesebene, die das kommunale Engagement umfassend hätten unterstützen können. Im Haushalt des BMZ wurde erst 2013 ein eigener Titel für die kommunale Entwicklungspolitik geschaffen. Seither können wir Kommunen nicht nur mit umfassender Beratung, sondern auch mit finanziellen Förderprogrammen unterstützen.



Foto: Martin Magunia

Dr. Stefan Wilhelmy beschäftigt sich seit 1997 mit kommunaler Entwicklungspolitik und nachhaltiger Entwicklung. Seit 2012 leitet er als Bereichsleiter bei Engagement Global die SKEW.

Dass global nachhaltige Entwicklung ein zentrales Thema für Kommunen ist, war vielen in der Kommunalpolitik und -verwaltung lange Zeit nicht bewusst. Zudem kam immer wieder die Frage auf, ob sich Kommunen überhaupt developmentpolitisch engagieren dürfen. Mittlerweile herrscht Klarheit, dass ein developmentpolitisches Engagement der Kommunen nicht nur rechtens, sondern explizit gewünscht ist.

Die kommunale Ebene hat in den vergangenen 20 Jahren in der Entwicklungspolitik enorm an Bedeutung gewonnen. Niemand hätte sich im Jahr 2002, als die SKEW aus einem Team von vier Personen bestand, träumen lassen, dass wir heute mit einem vielfach größeren Team einen solch umfassenden Service und eine so breite Themenpalette bedienen würden. Wir verfügen heute über eine ganze Abteilung, die sich ausschließlich mit der strategischen Umsetzung der Agenda 2030 in deutschen Kommunen beschäftigt, und unterstützen diese Zielsetzungen zudem in unseren internationalen Partnerschaftsprojekten. Beide Ansätze wurden gemeinsam 2018

unter dem Dach „Global - Lokal: Agenda 2030 VerOrten“ vom Staatssekretärsausschuss für nachhaltige Entwicklung als Leuchtturmprojekt der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie bestimmt, worauf wir sehr stolz sind.

Das SKEW-Angebot „Global Nachhaltige Kommune“ hat sich in den vergangenen Jahren einen Namen erarbeitet und wird stark nachgefragt. Inwiefern trifft es den Nerv der Zeit?

Das Projekt traf vor allem auf die Einsicht, dass der Einsatz von Kommunen für eine nachhaltige Entwicklung eine Notwendigkeit und kein optionales Add-on ist. In den Rathäusern hat sich die Position durchgesetzt, dass man mit punktuellen Ansätzen nicht weiterkommt und es strategisch-konzeptioneller Herangehensweisen bedarf.

Wird Nachhaltigkeit angesichts des großen Handlungsdrucks bald eine kommunale Pflichtaufgabe werden müssen?

Auch wenn Nachhaltigkeit aus juristischer Sicht keine kommunale Pflichtaufgabe ist, so ist inzwischen allgemein anerkannt, dass sie natürlich eine politische Verpflichtung darstellt. Mit welcher Begründung könnte heute noch ein Mandatsträger sagen, dass man sich nicht für eine nachhaltige Entwicklung engagieren sollte? In diesem Sinne ist Nachhaltigkeit auch heute schon keine freiwillige Aufgabe mehr. Es besteht eine unmittelbare Handlungsnotwendigkeit.

Bis 2030 sollen die 17 SDGs umgesetzt sein. Was möchten Sie den Kommunen für die „Dekade des Handelns“ mit auf den Weg geben?

Wir befinden uns schon mitten in der Dekade des Handelns und es geht inzwischen nicht mehr nur darum, Maßnahmen zu planen. Sie müssen jetzt mit Nachdruck umgesetzt werden. Ich bin nicht blauäugig und weiß, dass Kommunen immer abwägen müssen, welche Themen sie mit ihren begrenzten Ressourcen angehen. Aber wir dürfen keinen Tag mehr verlieren! | |

Das Gespräch führte **Dr. Susanne Reiff**, freiberufliche Redakteurin.

Über Bundesländergrenzen hinweg

Wie Kommunen für ihr Streben nach Nachhaltigkeit voneinander profitieren

| Verena Schmidt

Rund 600 Kilometer Luftlinie trennen die Seehafenstadt Brake im nördlichen Niedersachsen und Zwiesel ganz im Osten Bayerns nahe der tschechischen Grenze. Die beiden Kleinstädte verbindet aber, dass sie sich trotz der räumlichen Entfernung bei der Erarbeitung ihrer Nachhaltigkeitsstrategien gegenseitig unterstützen. Im vergangenen Jahr hat sich auch das hessische Eltville am Rhein der Kooperation angeschlossen. Doch wie genau sieht diese innerdeutsche kommunale Zusammenarbeit aus?

Die drei Städte sind, neben über 200 anderen Kommunen, Mitglied im Club der Agenda 2030 Kommunen. Das bedeutet: Sie haben die Musterresolution „2030-Agenda für Nachhaltige Entwicklung: Nachhaltigkeit auf kommunaler Ebene gestalten“ des Deutschen Städtetags und der deutschen Sektion des Rates der Gemeinden und Regionen Europas unterzeichnet. Damit bekennen sich Brake, Zwiesel und Eltville zu einer nachhaltigen Entwicklung vor Ort – indem sie sich entwicklungspolitisch engagieren und die SDGs in ihr Verwaltungshandeln integrieren.

Eine Begegnung im Rahmen eines Vernetzungstreffens des Clubs der Agenda 2030 Kommunen brachte den Stein ins Rollen: „Da die drei Städte in etwa die gleiche Struktur und Größe haben, kam schnell der Gedanke auf, sich zum Thema nachhaltige Entwicklung vermehrt auszutauschen“, sagt Uwe Schubert, Fachbereichsleiter Innere Dienste in Brake.

| Vernetzung durch Städte-Kollaboration

Bereits seit 2006 sind Brake und Zwiesel durch eine Städtepartnerschaft verbunden, die durch private Kontakte entstanden war. „In unserem Vertrag zur Partnerschaft bekräftigen wir den Willen, die freundschaftlichen Beziehungen im Sinne einer partnerschaftlichen Zusammenarbeit fortzu-



entwickeln, zum Beispiel in der städtischen Verwaltung“, sagt Elisabeth Pfeffer, die stellvertretende Bürgermeisterin von Zwiesel.

Und das kann sich günstig auf die Nachhaltigkeitsbestrebungen in den einzelnen Kommunen auswirken. Denn: Schon jetzt loten die Kommunen Möglichkeiten aus, wie sie sich auf diesem Gebiet interkommunal bestmöglich vernetzen können.

| Treffen, austauschen und planen

So haben sich Vertreter und Vertreterinnen aus Brake bei den Freunden in Zwiesel zum Beispiel über nachhaltige Waldprojekte in Niederbayern informiert. „Wir in Brake sind Teil der Fairtrade-Region Unterweser. Zwiesel ist Teil des Fairtrade-Landkreises Regen, so gibt es Überschneidungen und Austauschpotenzial“, sagt Uwe Schubert.

Bei einem Workshop in Zwiesel vereinbarten die zwei Kommunen gemeinsame Aktivitäten. Neben Maßnahmen der zivilgesellschaftlichen Zusammenarbeit sind diverse Hilfestellungen in der Verwaltung geplant. „Konkret denken wir in Zwiesel über die Einführung eines Job-Rades für Verwaltungsangestellte nach, was in Brake bereits den städtischen Mitarbeitenden angeboten wird“, sagt Bürgermeisterin Pfeffer. Grundsätzlich gehe es darum, voneinander aus der Praxis zu lernen und von den Erfahrungen der jeweils anderen Kommune zu profitieren.

| Brake dient als Vorbild

Dass Brake eine Art Vorreiterrolle für Zwiesel einnimmt, liegt in einem Prozess begründet, der 2018 begann. Damals nahm die Stadt an



Foto: Stadt Eltville

dem Projekt „Global Nachhaltige Kommune in Niedersachsen“ teil und machte sich auf den Weg, einige der 17 Ziele für nachhaltige Entwicklung auf kommunaler Ebene umzusetzen. Das Ganze mündete Ende 2021 in der Verabschiedung einer kommunalen Nachhaltigkeitsstrategie durch den Rat. Darin ist im Handlungsfeld „Globale Verantwortung“ unter anderem festgelegt, dass die Stadt mit einem Internet-Portal das öffentliche Bewusstsein für das Nachhaltigkeitsthema stärkt, einen Leitfaden zur nachhaltigen Beschaffung erarbeitet, Umwelt- und Klimabilidung betreibt und den Fairen Handel in der Kommune fördert.

„Nachdem Zwiesel noch in den Anfängen der Umsetzung steckt, können wir von Brake sehr viele Tipps und Anregungen mitnehmen. Soweit die Nachhaltigkeitsstrategie auf Zwiesel übertragbar ist, wurde vereinbart,

Vertreter aus Brake, Zwiesel und Eltville kamen im April 2022 in Eltville zu einem Erfahrungsaustausch zu Fragen der nachhaltigen Entwicklung zusammen.

Vordere Reihe v.l.: Elisabeth Pfeffer (Zwiesel), Kristina Tschöpp (Zwiesel), Michael Kurz (Brake), Julia Übelhör (Eltville am Rhein), Alexander Hannes (Zwiesel). Hintere Reihe v.l.: Patrick Kunkel (Eltville am Rhein), Uwe Schubert (Brake), Barbara Lilje und Michael Stutzer (Eltville am Rhein).

dass wir uns stark daran orientieren“, sagt Pfeffer. Ein Tipp aus Niedersachsen sei zudem gewesen, dass der Stadtrat in Zwiesel beschließt, bei Ausschreibungen zukünftig auch Aspekte der Nachhaltigkeit zu berücksichtigen.

| Eltville erweitert das Netzwerk

Diesem fruchtbaren interkommunalen Fachaustausch hat sich nun auch das hessische Eltville angeschlossen. Die Kleinstadt am Rhein ist auf dem Gebiet der Nachhaltigkeit ohnehin sehr weit vorn dabei. Seit 2017 ist sie Mitglied im Club der Agenda 2030 Kommunen und hat 2021 den Deutschen Nachhaltigkeitspreis in der Kategorie „Kleinstädte und Gemeinden“ gewonnen. Herausgestellt wurden dabei drei Leuchtturm-Projekte in Eltville: ein Quartierskonzept zur Stärkung der sozialen Netzwerke in der Stadt, das Engagement der „Your City for Future“-Bewegung, in deren Rahmen Jugendliche gemeinsam mit einem Jugendzentrum Klimaschutzprojekte entwickeln, und das Forschungsprojekt „KliA-Net“ zur Förderung der Zukunftsfähigkeit von Weinbau-Landschaften unter Berücksichtigung des Klimawandels.

Beim Netzwerktreffen in Berlin war Patrick Kunkel, der Bürgermeister von Eltville, angetan von der Idee eines Austausches. Die Städte würden sich schließlich nicht nur in der Größe, sondern auch in den örtlichen Gegebenheiten ähneln, daher ergebe eine

Zusammenarbeit Sinn. „Wir finden es sehr spannend, mit zwei ‚Global Nachhaltigen Kommunen‘ aus zwei anderen Bundesländern in Kontakt zu treten und einen Austausch zu kommunalen Zukunftsthemen zu beginnen“, sagt er. Man wolle erproben, wie ein informeller Austausch im Rahmen eines Netzwerks über Bundesländergrenzen hinweg für alle Beteiligten Vorteile bringt.

| Gemeinsamer Workshop

Den Plänen folgten schnell Taten: Im April 2022 kamen die drei Kommunen in Kooperation mit der SKEW und Fairtrade Deutschland zu einem mehrtägigen Workshop in Eltville zusammen. „Wir diskutierten, wie die nachhaltige Entwicklung in die Abläufe der Kommunalverwaltungen eingebunden werden kann. Denn ein langfristiges Ziel soll die Etablierung eines kommunalen Nachhaltigkeitsmanagements sein, das man auf alle Städte übertragen kann“, sagt Uwe Schubert aus Brake. Zudem wurde abgeglichen, welche

der 17 Nachhaltigkeitsziele die drei Kommunen vor Ort bereits umsetzen und was die anderen zwei Kommunen daraus für sich mitnehmen können. „Wir versprechen uns schon aufgrund der unterschiedlichen Blickwinkel und der kommunalen Gegebenheiten neue Impulse für unsere Arbeit“, sagt Kunkel. Genau in diesem neuen Miteinander liegt das Potenzial dieser innerdeutschen kommunalen Kollaboration.

Damit auch die Ergebnisse des Workshops in Eltville vorangetrieben werden können, ist bereits das nächste Netzwerktreffen in Sicht: Die Stadt Brake plant zur Fortsetzung der Gespräche in die eigene Kommune einzuladen, und zwar zum Fair- und Regionalmarkt am 21. August. | |

„Es geht darum, voneinander aus der Praxis zu lernen und von den Erfahrungen der jeweils anderen Kommune zu profitieren.“



Verena Schmidt
ist freiberufliche
Redakteurin.

Ein Fahrplan für kommunale Nachhaltigkeit

Die Stadt Essen hat eine ambitionierte Nachhaltigkeitsstrategie entwickelt und verabschiedet

| Nils Ole Haar

„Nachhaltigkeit in allen Lebensbereichen mitdenken, bis nachhaltiges Handeln selbstverständlich wird“ – das ist laut dem Oberbürgermeister von Essen, Thomas Kufen, das Ziel zukunftsorientierter und integrierter Stadtentwicklung. Mit der „Essener Nachhaltigkeitsstrategie“ haben die Kommune und die Stadtgesellschaft einen Fahrplan für eine „Global Nachhaltige Kommune“ entwickelt, da der Ausbau zukunftsfähiger Wohn- und Lebensorte nur als Gemeinschaftsaufgabe gelingen kann.

In Essen hat das Engagement für eine zukunftsweisende Entwicklung eine lange Tradition, vom lokalen Agenda 21-Prozess bis zur Auszeichnung als Grüne Hauptstadt Europas 2017. Die Kommune fördert mit vielfältigen Projekten das Nachhaltigkeitsbewusstsein der Bevölkerung und erhöht die Lebensqualität in der Stadt. Auch international übernimmt die zehntgrößte Stadt Deutschlands Verantwortung, indem sie ihr Fachwissen in Projektpartnerschaften unter anderem in Ulan Bator (Mongolei) oder Dohuk (Nordirak) teilt. Diese Erfolge dienten 2019 als Ansporn, sich noch stärker für nachhaltige Entwicklung zu engagieren.

Früher als Hochburg des Kohleabbaus bekannt, ist Essen heute eine grüne Stadt und eine „Global Nachhaltige Kommune“.



Foto: Johannes Kassenberg/ Stadt Essen

Im Februar 2019 verabschiedete der Rat der Stadt Essen einstimmig die Musterresolution des Deutschen Städtetags „2030-Agenda für Nachhaltige Entwicklung: Nachhaltigkeit auf kommunaler Ebene gestalten“. Das war der Auftakt für die stärkere Verankerung der Agenda 2030 und ihrer 17 Ziele für nachhaltige Entwicklung in der Stadt. Mit der Teilnahme am SKEW-Projekt „Global Nachhaltige Kommune“ wurde dieser Auftrag aufgegriffen und ab Sommer 2019 eine integrierte kommunale Nachhaltigkeitsstrategie erarbeitet.

Konzipiert als strategischer Orientierungsrahmen und als „Dachstrategie“ für bestehende Fachkonzepte, berücksichtigt die Essener Nachhaltigkeitsstrategie auch kommunale Handlungsfelder, die in der Stadt bislang nicht explizit im Kontext der Nachhaltigkeitsziele betrachtet wurden – etwa Bildung, Kultur und Bauen. Der Ausgangspunkt war, dass Nachhaltigkeit in allen Geschäftsbereichen der Verwaltung umgesetzt und integriert gedacht werden muss. Die geschäftsbereichsübergreifende Koordination durch die Grüne Hauptstadt Agentur und das Büro für Europaangelegenheiten, Internationales und Nachhaltige Entwicklung ermöglicht es, fachliche Kompetenzen zu bündeln und auf vorhandene Netzwerke zurückzugreifen.

Um das vielfältige Know-how und Engagement einer Großstadt einzubinden, wurde ein Beirat gebildet, in dem über 60 Vertreterinnen und Vertreter aus allen Geschäftsbereichen der Verwaltung, allen Ratsfraktionen sowie der Zivilgesellschaft, Wissenschaft und Wirtschaft beteiligt sind. Der Beirat wählte die fünf Themenfelder der Nachhaltigkeitsstrategie aus und gab durch seine vielfältige Expertise und diversen Sichtweisen wichtige inhaltliche Impulse für die Zielformulierung. Durch den Einsatz digitaler Kommunikations- und Beteiligungslösungen gelang der Austausch auch unter Pandemiebedingungen.

Für die Verankerung der Nachhaltigkeitsstrategie war es zudem wichtig, den Verwaltungsvorstand einzubinden. Er wurde regelmäßig über die Fortschritte informiert, entwickelte im Oktober 2020 das ressortübergreifende Nachhaltigkeitsverständnis weiter und brachte Anregungen für die Strategieziele ein.

Nach über zwei Jahren kontinuierlicher Abstimmung wurde 2021 das Zielsystem der Essener Nachhaltigkeitsstrategie finalisiert:

Tipps für andere Kommunen

- Den Beirat zur Entwicklung einer Nachhaltigkeitsstrategie möglichst breit aufstellen und Heterogenität als Chance verstehen.
- Den Verwaltungsvorstand regelmäßig informieren und einbinden.
- Einen engen Austausch mit Fachkolleginnen und -kollegen nutzen, um auf Anregungen oder Bedenken zu reagieren und Nachhaltigkeitsbezüge sichtbar zu machen.
- Vernetzungsmöglichkeiten mit anderen Kommunen nutzen, um Erfahrungen und Beispiele für gute Lösungen auszutauschen.

In fünf Themenfeldern, darunter „Globale Verantwortung und Eine Welt“ (Kommunale Entwicklungspolitik), 16 strategischen und 50 operativen Zielen, steuert Essen erstmalig sein kommunales Handeln strategisch im Kontext der UN-Nachhaltigkeitsziele. Dass die Strategie viele unterschiedliche Lebensbereiche abdeckt, zeigte auch ihre detaillierte Erörterung in zwölf Ratsausschüssen, bevor der Rat der Stadt Essen sie im September 2021 mehrheitlich beschloss.

Nun beginnt mit der gemeinschaftlichen Umsetzung das nächste Kapitel: Mit vielfältigen, innovativen Projekten und Ideen wird in Essen Nachhaltigkeit in allen Handlungsbereichen der Stadt verankert. ||



Nils Ole Haar ist wissenschaftlicher Mitarbeiter im Büro für Europaangelegenheiten, Internationales und Nachhaltige Entwicklung der Stadt Essen.

Landkreise auf Nachhaltigkeits-Kurs

Über die Erfahrungen bei der Entwicklung einer Nachhaltigkeitsstrategie – ein Gespräch mit Heike Burkhardt, Donau-Ries-Kreis, und Lisa Rodermann, Kreis Euskirchen

Rund zwei Drittel der knapp 300 deutschen Landkreise engagieren sich für eine nachhaltige Entwicklung – unter anderem für Energieeffizienz, klimafreundliche Mobilität, Fairen Handel oder in Partnerschaften mit Kommunen im Globalen Süden. Um diese Bemühungen strategischer zu verankern und um sich klare Ziele zu setzen, haben viele Landkreise in den vergangenen Jahren Nachhaltigkeitsstrategien erarbeitet. Warum diese ein großer Gewinn für ihre Landkreise sind, berichten Heike Burkhardt von der Stabsstelle Kreisentwicklung und Nachhaltigkeit beim Donau-Ries-Kreis in Bayern und Lisa Rodermann vom Team Kreisentwicklung und Planung beim Kreis Euskirchen in Nordrhein-Westfalen.

Warum haben Ihre Landkreise entschieden, eine Nachhaltigkeitsstrategie zu entwickeln?

Heike Burkhardt: Der Donau-Ries-Kreis engagiert sich schon lange für Nachhaltigkeit, bereits im Jahr 2000 hatten wir einen Agenda-Prozess gestartet, unser erstes Leitbild aus dem Jahr 2004 basierte auf der Agenda 21. Unser zweites Leitbild von 2016 sollte eigentlich bis 2025 gelten, doch seither hat die Nachhaltigkeitsdebatte unter anderem durch die SDGs, Fridays for Future und das von unserem Landrat Stefan Rößle initiierte und inzwischen bundesweit aktive entwicklungspolitische Projekt „1000 Schulen für unsere Welt“ sehr an Fahrt aufgenommen. Daher beschlossen wir 2020, unser drittes Leitbild in Form einer Nachhaltigkeitsstrategie früher als geplant und an den SDGs ausgerichtet zu entwickeln.

Lisa Rodermann: Der Kreistag beauftragte unsere Verwaltung, ein umfassendes Kreisentwicklungskonzept zu erstellen, das alle für den Landkreis relevanten Nachhaltigkeitsthemen der SDGs abdeckt. Mit dem SKEW-Projekt „Global Nachhaltige Kommune“ hatten wir die Chance, das Kreisentwicklungskonzept an der Agenda 2030 auszurichten und als Dach hierfür eine Nachhaltigkeitsstrategie zu erarbeiten.

Was diente Ihnen als Basis für die Nachhaltigkeitsstrategien?



Die Flutkatastrophe im Juli 2021 an der Erft hat das Bewusstsein für Nachhaltigkeitsthemen deutlich erhöht.

Foto: Michael Nielsen

Burkhardt: In der Vergangenheit zogen wir eine Bilanz des jeweils vorherigen Leitbilds und fragten: Was wurde erreicht? Wie muss sich dies im neuen Leitbild niederschlagen? Dieses Mal gingen wir anders vor. Uns war wichtig, eine saubere Istzustandserhebung durchzuführen und zu fragen: Wo stehen wir im Landkreis hinsichtlich der 169 Unterziele der SDGs? Die Strategie enthält fünf Handlungsfelder: Klima und Energie, globale Verantwortung, Bildung für nachhaltige Entwicklung, Konsum – Bauen – Beschaffung und lokale Produktion. Entlang dieser Themen haben wir auch die Beteiligungs-Workshops ausgerichtet.

Rodermann: Von den zehn Themenfeldern des Projekts „Global Nachhaltige Kommune“ legten auch wir fünf Kernthemen für die Strategie fest: Globale Verantwortung und Eine Welt, gute Arbeit und nachhaltiges Wirtschaften, nachhaltige Mobilität, Ressourcenschutz und Klimafolgenanpassung sowie Wohnen und nachhaltige Quartiere. Das Handlungsprogramm der Nachhaltigkeitsstrategie enthält fünf Leitlinien, 16 strategische Ziele, 43 operative Ziele und 119 Maßnahmen. Wir werden die Strategie auch als Instrument nutzen, um die Entwicklung

des Landkreises in Richtung Nachhaltigkeit regelmäßig zu überprüfen, also als Monitoring-Instrument, das uns auch auf Lücken hinweist.

Was ist das Besondere für den Donau-Ries-Kreis im Vergleich zu Städten und Gemeinden, wenn er sich für mehr Nachhaltigkeit einsetzt?

Burkhardt: Der Donau-Ries-Kreis übernimmt zwei Rollen: Zum einen gestalten wir unser eigenes Handeln nachhaltiger und reduzieren etwa die CO₂-Emissionen unseres Fuhrparks oder beschaffen Waren wie Papier nachhaltiger. Vor allem sehe ich Landkreise als Initiatoren, Moderatoren und Motoren für eine nachhaltige Entwicklung. Wir stellen den unterschiedlichen Akteuren im Landkreis inklusive Gemeinden, Verbänden und lokaler Wirtschaft unser Wissen zur Verfügung, übernehmen eine Führungsrolle in vielen Prozessen wie etwa dem flächensparenden Bauen oder lokalen Einkaufsmöglichkeiten und agieren als Servicestelle für diese Akteure.



Lisa Rodermann

koordiniert den Nachhaltigkeitsprozess beim Kreis Euskirchen.

Sie haben viele unterschiedliche Akteure in die Strategieentwicklung eingebunden. Welche Rolle spielte diese breit angelegte Beteiligung für die Strategie?

Rodermann: Der Kreis Euskirchen ist ein Flächenkreis, manche Orte sind über 50 Kilometer von der Kreisstadt Euskirchen entfernt. Das erschwert die Beteiligung der Bevölkerung natürlich. Die coronabedingt digitalen Beteiligungsformate hatten daher auch Vorteile. Knapp 200 Personen brachten sich in den öffentlichen Beteiligungsprozess ein. Das ist zwar nur ein sehr kleiner Teil der Bevölkerung, aber dafür war die Qualität der Beiträge sehr hoch.

Wir hatten die Arbeit gut strukturiert: Wir etablierten unter anderem ein verwaltungsinternes Kernteam, das – anders als in vielen anderen Kommunen üblich – primär aus Führungskräften bestand. Das hatte den Vorteil, dass der Nachhaltigkeitsprozess als übergeordneter Prozess verstanden wurde und das Bewusstsein in der gesamten Kreisverwaltung für die Relevanz von Nachhaltigkeit stieg.

Zudem gab es eine über 60 Personen umfassende Steuerungsgruppe, der neben Vertretern aus Politik und den Kommunen auch externe Akteure angehörten. Zur Teilnahme hatten wir bewusst Multiplikatorinnen und Multiplikatoren angesprochen, die bereits in kreisübergreifenden Arbeitsgruppen oder Netzwerken tätig waren. Hinter jeder dieser Personen stehen viele Köpfe mit einem großen Wissens-

und Erfahrungsschatz, der auf diese Weise in die Strategie einfließen konnte.

Burkhardt: Im Donau-Ries-Kreis war die Beteiligung der Bevölkerung erfreulich hoch, obwohl unser Zeitplan hierfür sehr sportlich war. Die Covid-19-Pandemie erschwerte die Arbeit und wir mussten immer wieder um- und nachsteuern. Trotzdem gelang es uns, innerhalb von sechs Wochen 12 Workshops durchzuführen, damit die Bevölkerung ihre Bedürfnisse und Sichtweisen einbringen konnte.

Die meisten Teilnehmenden an den Workshops vertraten lokale Vereine, Institutionen und Verbände, einzelne interessierte Bürgerinnen oder Bürger kamen kaum. Die Politik hatte den Wunsch geäußert, besonders Jugendliche einzubeziehen, was erfreulicherweise gut gelang. Ich war zudem erstaunt, dass sich viele Schülerinnen und SchülerInnen auf dieses Vorgehen auf der Meta-Ebene einließen und nicht kritisierten, dass die Arbeit an einer Nachhaltigkeitsstrategie nur Reden und wenig Handeln beinhaltet.

Wie groß war der Aufwand für die Verwaltung im Kreis Euskirchen? Wie konnten Sie ihn stemmen?

Rodermann: Die Erstellung der Strategie begann nicht bei null. Wir konnten auf vielen bestehenden Prozessen aufbauen und diese Themen verstärkt unter Gesichtspunkten der Nachhaltigkeit betrachten. Natürlich gab es anfangs auch Widerstände und manche sagten: „Nicht schon wieder ein neues Projekt!“ Aber je greifbarer die Idee wurde und je besser wir den Mehrwert der Strategie an ganz praktischen Beispielen darstellen konnten, desto einfacher war es, die Kolleginnen und Kollegen zu überzeugen und zu zeigen, dass nicht so viel zusätzliche Arbeit auf sie zukommt wie befürchtet.

Welche Veränderungen können Sie in der Verwaltung, in der Politik und der Bevölkerung seither beobachten?

Burkhardt: Der Prozess hat bei allen Beteiligten das Thema Nachhaltigkeit stärker ins Bewusstsein gebracht und zeigt der Bevöl-



Foto: Sabine und Detlef Sponer

kerung niederschwellige Möglichkeiten auf, sich für mehr Nachhaltigkeit zu engagieren, zum Beispiel bei der Mülltrennung.

Der Kreistag und seine Ausschüsse haben sich durch die Strategie intensiver mit dem Thema Nachhaltigkeit in seinen verschiedenen Dimensionen befasst und es wurde dabei immer deutlicher: Man darf und muss über diese Themen sprechen und ihre Umsetzung ist ein Prozess, der nur gemeinsam gelingen kann.

Rodermann: Der Kreis Euskirchen war stark von der Flutkatastrophe im Sommer 2021 betroffen. Sie hat vielen Menschen einen neuen Blickwinkel auf Nachhaltigkeitsthemen wie Klimafolgenanpassung eröffnet.

Die Verwaltung ist sich heute ihrer Verantwortung als öffentliche Auftraggeberin mehr bewusst und wir erarbeiten aktuell eine Dienstanweisung, um nachhaltigere Beschaffung in der Verwaltung zu verankern. Zudem sind wir heute besser aufgestellt, um Fördermittel von der EU, vom Bund und vom Land zu bekommen. Die Nachhaltigkeitsstrategie enthält viele bereits fertig formulierte Projektideen und damit sind wir besser auf Förderaufrufe vorbereitet. Auch die Kreistagspolitik bewertet die Teilnahme am Projekt positiv und spricht sich für die Nachhaltigkeitsstrategie, deren Umsetzung und Fortschreibung aus.

Wie funktionierte die Kooperation mit den Städten und Gemeinden in Ihrem Landkreis, eher verzahnt oder parallel?



Der Donau-Ries-Kreis engagiert sich auch international für eine nachhaltige Entwicklung. Hier weiht Landrat Stefan Rößle eine Schule in Malawi ein.

Rodermann: Für die Städte und Gemeinden, die keine eigene Nachhaltigkeitsstrategie haben, war der Prozess eine sehr gute Möglichkeit, trotzdem an einem Nachhaltigkeitsprozess teilzuhaben, ihre Ideen einzubringen und von dem Prozess zu profitieren. Allerdings nahmen nicht alle Kommunen aktiv an der Strategieentwicklung teil. Insbesondere durch die Covid-19-Pandemie hatten viele Verwaltungen personelle Engpässe, die einem größeren Engagement entgegenstanden.

Burkhardt: Digitalisierung, lokale Einkaufsmöglichkeiten oder erneuerbare Energien: Diese Themen sind für den Landkreis genauso wie für die Städte und Gemeinden relevant. Viele Ziele, die der Landkreis nicht oder nicht allein umsetzen kann, benötigen deren Engagement. Ihre Mitarbeit ist freiwillig und natürlich gibt es immer wieder unterschiedliche Sichtweisen. Dennoch beteiligten sich fast alle Städte und Gemeinden im Kreis an der Erarbeitung der Nachhaltigkeitsstrategie und wir haben über die Jahre eine dialogische Austauschkultur etabliert. Diese zeigte sich auch bei unserer Bewerbung um das Label als UNESCO Global Geopark für den Geopark Ries.

Wie erreichen Sie mit dem Thema Nachhaltigkeit die Bevölkerung langfristig und wie wollen Sie das Interesse langfristig aufrecht erhalten?

Rodermann: Wir versuchen, mit unterschiedlichen Aktivitäten das Thema Nachhaltigkeit in der Bevölkerung noch mehr zu verankern. Im Herbst 2021 veranstalteten wir digitale Nachhaltigkeitstage mit virtuellen Vorträgen; auf einem digitalen Markt

der Möglichkeiten stellten sich Akteure, die im Bereich Nachhaltigkeit aktiv sind, vor. Wir verteilten Mehrweg-Geschenkbeutel und zeigten damit, wie jede und jeder Verpackungsmüll vermeiden kann. Bei solchen Aktionen kommt man auch gut mit der Bevölkerung ins Gespräch. Mit einem Kita-Wettbewerb sensibilisierten wir schon die Kleinsten für das Thema gesunde Ernährung. Es gibt also unzählige Möglichkeiten, mit niederschweligen Angeboten die Menschen zu erreichen.

Wo sehen Sie in nächster Zeit noch akuten Handlungsbedarf?

Rodermann: Unsere Nachhaltigkeitsstrategie ist zwar veröffentlicht, aber Kreisentwicklung hat ja weder Anfang noch Ende und so müssen wir die 2021 verabschiedete Strategie kontinuierlich fortschreiben. Wir planen, die fünf Schwerpunkte der Strategie um die Handlungsfelder soziale Gerechtigkeit, lebenslanges Lernen und Kultur, Energie und Klimaschutz, nachhaltige Verwaltung sowie nachhaltiger Konsum und gesundes Leben zu ergänzen.

Burkhardt: Einige SDGs widersprechen sich gegenseitig und die Diskussion über diese

Dilemmata hat noch nicht einmal begonnen: Wie können wir beispielsweise den Schaden von Windrädern an der Umwelt mit dem Primat einer klimafreundlichen Energiegewinnung in Einklang bringen? Ich denke, wir müssen als ganzes System immer weiter lernen und vor allem aufpassen, dass wir alle Menschen in dieser Debatte mitnehmen und sie dort abholen, wo sie sind, und sie zum Mitmachen bewegen.

Die Nachhaltigkeitsstrategie betrifft viele Prozesse in der Verwaltung wie Bildung, Jugend, Hoch- und Tiefbau und Beschaffung. Deren Ausrichtung an Nachhaltigkeitskriterien möchten wir mit der Nachhaltigkeitsstrategie weiter verstetigen und vertiefen.

Wir wollen die lokale Produktion stärker in den Blick nehmen. Darüber, was die vielen mittelständischen Unternehmen im Donau-Ries-Kreis wo und unter welchen Bedingungen produzieren, ist in der Bevölkerung wenig bekannt. Hier möchten wir mehr Transparenz schaffen und damit Identität stiften für den Donau-Ries-Kreis als attraktiven Lebens- und Wirtschaftsstandort.

Welche Tipps möchten Sie anderen Landkreisen geben?

Burkhardt: Netzwerke sind sehr wichtig, nur durch das Engagement vieler Haupt- und Ehrenamtlicher ist es möglich, unsere Landkreise nachhaltig zu verändern. Dafür braucht es offene und lernfähige Systeme, Erfahrungswissen, Professionalität und eine kontinuierliche Mobilisierung aller Kräfte!

Rodermann: Wir haben die Erfahrung gemacht, dass Transparenz und eine gute Kommunikation auf dem Weg zu einer Nachhaltigkeitsstrategie unverzichtbar sind. Es braucht einen langen Atem, aber irgendwann werden wir alle nicht mehr so viel über Nachhaltigkeit sprechen müssen, dann ist sie im Alltag angekommen und wird gelebt. | |

Das Gespräch führte Dr. Susanne Reiff, freiberufliche Redakteurin.



Heike Burkhardt

leitet den Bereich Nachhaltigkeit in der Stabstelle Kreisentwicklung und Nachhaltigkeit beim Donau-Ries-Kreis und ist Geschäftsführerin des Geoparks Ries.

Damit Kommunen Nachhaltigkeit gut messen und Strategien nachsteuern können

Den Nutzen des Berichtsrahmens Nachhaltige Kommune erklärt Anna Nagel vom Rat für Nachhaltige Entwicklung

Für Kommunen auf dem Weg zur Nachhaltigkeit ist es immer wieder wichtig, den Stand der Entwicklung zu evaluieren, nach innen und nach außen transparent zu kommunizieren und, wenn nötig, nachzusteuern. Ein Instrument dafür ist der Berichtsrahmen Nachhaltige Kommune (BNK). Anna Nagel, wissenschaftliche Referentin beim Rat für Nachhaltige Entwicklung (RNE), gibt einen Einblick.

Was ist der BNK und welche Vorteile bringt er Kommunen?

Anna Nagel: Der BNK dient Kommunen und kommunalen Unternehmen als Orientierung für ihre Nachhaltigkeitsberichterstattung. Ziel ist es, Städte, Gemeinde und Landkreise dabei zu unterstützen, den Stand der nachhaltigen Entwicklung vor Ort zu messen und zu steuern. Immer mehr Kommunen nutzen ihn für eine Bestandsaufnahme ihrer lokalen Nachhaltigkeitsbemühungen und für ihre Nachhaltigkeitskommunikation.

Das Besondere am BNK ist, dass er die Aktivitäten von kommunalen Unternehmen in den Nachhaltigkeitsbericht von Kommunen integriert. Die Idee dahinter: Kommunen berichten nicht allein über Nachhaltigkeit des Verwaltungshandelns, sondern steuern Nachhaltigkeit effizient über den gesamten „Konzern Kommune“ hinweg.

Warum wurde diese standardisierte Berichtsform entwickelt?

Nagel: Das Instrument baut konzeptionell auf dem vom RNE entwickelten Deutschen Nachhaltigkeitskodex (DNK) auf. Viele Kommunen hatten ihr großes Interesse an einem Berichtsrahmen geäußert, der auf dem DNK basiert und auf ihre Bedürfnisse abgestimmt ist. Vor diesem Hintergrund haben die im Dialog „Nachhaltige Stadt“ vertretenen (Ober-)Bürgermeisterinnen und (Ober-)Bürgermeister

„Der Berichtsrahmen unterstützt Städte, Gemeinden und Landkreise dabei, den Stand der nachhaltigen Entwicklung zu messen.“



Foto: privat

Anna Lotta Nagel ist wissenschaftliche Referentin im Rat für Nachhaltige Entwicklung.

die RNE-Geschäftsstelle 2019 gebeten, die Entwicklung eines solchen Berichtsrahmens zu prüfen und umzusetzen. Zusammen mit ihnen, den Regionalen Netzstellen Nachhaltigkeitsstrategien (RENN) sowie weiteren Stakeholdern wurde ein Entwurf entwickelt. Darüber hinaus besteht eine enge Anbindung an das Projekt „Global Nachhaltige Kommune“ der SKEW.

Seit März 2021 wird der BNK in Kooperation mit der SKEW in 20 Kommunen in Nordrhein-Westfalen, Sachsen, Bayern, Rheinland-Pfalz und im Saarland erprobt. Die SKEW bietet Kommunen über die landesweiten GNK-Ansätze Unterstüt-

zung bei der Erstellung von Nachhaltigkeitsberichten nach dem BNK an.

Der RNE hat viel Erfahrung mit dem DNK für Unternehmen. Was ist der Unterschied zwischen beiden Instrumenten?

Nagel: Der 2011 vom RNE entwickelte DNK diente, wie gesagt, als Vorbild für den Berichtsrahmen für Kommunen. Grundsätzlich handelt es sich bei der Nachhaltigkeitsberichterstattung um eine freiwillige Aufgabe der Kommunen. Unternehmen hingegen unterliegen abhängig von ihrer Größe unterschiedlichen Berichtspflichten. Die Inhalte, die in beiden Formaten abgefragt werden, unterscheiden sich daher natürlich.

Ebenso wie der BNK unterstützt der DNK den Aufbau einer integrierten Nachhaltigkeitsstrategie; beide Formate zielen auf Transparenz ab. Das „Comply-or-explain-Prinzip“ von BNK und DNK stellt sicher, dass alle relevanten Kriterien entweder erfüllt sind oder erklärt werden kann, warum zu einzelnen Kriterien nichts berichtet werden kann. Das ist nicht automatisch ein Manko, sondern garantiert vielmehr die Vollständigkeit eines nach dem BNK oder dem DNK verfassten Bericht und damit einen gewissen Qualitätsstandard.

Wie geht es mit dem BNK weiter?

Nagel: Die Erprobungsphase ist noch nicht abgeschlossen. Mit Unterstützung der SKEW und den von ihr beauftragten Institutionen können insgesamt 20 Kommunen einen Bericht anfertigen. Viele Kommunen stehen kurz vor der Veröffentlichung ihrer Nachhaltigkeitsberichte. Der RNE wird die Ergebnisse und Erfahrungen zum Anlass nehmen, den BNK zu überarbeiten. Ein wichtiges Anliegen ist dabei, die Schnittstelle zu den kommunalen Unternehmen noch einmal zu stärken. Sie werden zukünftig noch mehr von Berichtspflichten betroffen sein. | |

Das Gespräch führte **Verena Schmidt**, freiberufliche Redakteurin.

Nachhaltigkeit: ein Muss für jede Stadt

Pirna nutzte für die Stadtentwicklung den Berichtsrahmen Nachhaltige Kommune



Foto: Seidelstudios Pirna

| Norbert Kaiser

In Pirna setzen sich Politik, Verwaltung und Bürgerschaft dafür ein, dass sich die Stadt nachhaltig entwickelt. Den Ausgangspunkt dieser Verpflichtung bildet das 2006 beschlossene Leitbild Pirna 2030. Doch wie können quantitativ messbare Kennzahlen die eher inhaltliche Ausrichtung des Leitbilds ergänzen?

Damit die Beschlüsse des Pirnaer Stadtrates mit einer nachhaltigen Entwicklung kompatibel sind, wurden sie seit 2002 vor ihrer Beschlussfassung anhand eines Fragen- und Indikatorenkatalogs zur Nachhaltigkeit überprüft. Diese Methode erwies sich aber nicht als praktikabel, da die Indikatoren nur begrenzt verfügbar oder mit vertretbarem Aufwand kaum zu ermitteln waren.

Stattdessen wurde 2006 unter einer intensiven Bürgerbeteiligung das Leitbild Pirna 2030 beschlossen und 2015 in Teilen fortgeschrieben. Es enthält 25 Leitsätze, welche qualitative Ziele der Stadtentwicklung unter ökologischen, ökonomischen und sozialen Aspekten festlegt. Entsprechend der Haushaltsführung (Doppelhaushalt) informiert die Stadtverwaltung alle zwei Jahre mit

einem stark qualitativ geprägten Leitbildbericht den Stadtrat und die Öffentlichkeit über den Stand der Zielerreichung.

Seit einigen Jahren nutzt Pirna verstärkt auch quantitative Indikatoren, um Entwicklungen in der Stadt darzustellen und zu bewerten. Mit ihren Aktivitäten zum Klimaschutz und der Teilnahme am European Energy Award seit 2009 setzt die Stadt verstärkt auch auf quantitative Ziele bei der Stadtentwicklung. Viele Daten hierfür wie die Längsentwicklung im Radwegenetz oder die CO₂-Einsparungen durch Maßnahmen des kommunalen Energiemanagements können leicht etwa in der Stadtverwaltung oder bei städtischen Betrieben abgefragt werden. Lücken gibt es jedoch bei Indikatoren zur ökologischen und sozialen Entwicklung, unter anderem weil für diese Bereiche die Landkreisverwaltung zuständig ist und Daten auf Gemeindeebene heruntergebrochen nicht verfügbar oder nur sehr aufwendig zu generieren sind.

„Für Kommunen, die in der Analyse, Bestandsaufnahme und Strategiebestimmung noch nicht auf etablierte Strukturen zurückgreifen können, ist der BNK ein gutes Instrument, um die Stadtentwicklung stringenter auf die Ziele einer nachhaltigen Entwicklung auszurichten.“

Dies ist problematisch, weil Pirna nachhaltige Stadtentwicklung nicht nur als „grünes“ Thema versteht, sondern deren ökonomischer Basis und sozial gerechter Ausrichtung große Bedeutung beimisst. Die Stadt will daher eine „Zweiteilung“ ihrer strategischen Ausrichtung in die Bereiche Klimaschutz- und Energieeffizienz, in denen der Gesetzgeber quantitative und indi-

Ein großes Areal in Pirna soll nachhaltig entwickelt werden. Die Stadt setzt unter anderem auf nachhaltige Energieversorgung und Mobilität.

katorenbasierte Zielformulierungen und Erfolgskontrollen vorschreibt, und die Bereiche Umwelt und Soziales, in denen dies nicht möglich ist, vermeiden.

Vor diesem Hintergrund beteiligte sich Pirna am Pilotprojekt „Berichtsrahmen Nachhaltige Kommune“ (BNK), das das SKEW-Projekt „Global Nachhaltige Kommune“ unter anderem in Sachsen fünf Kommunen zur erstmaligen Erprobung angeboten hatte. Durch die Teilnahme an diesem Projekt gelang es, den Blick bei der Stadtentwicklung auf Aspekte der Nachhaltigkeit wieder zu weiten, was sich in den verwaltungsinternen Abstimmungen mit verschiedenen Fachgruppen bestätigte. Zudem ermöglichten die im Berichtsrahmen enthaltenen Indikatoren eine stärker quantitativ ausgerichtete Stadtentwicklung. Die erhobenen Kennzahlen waren ein Kern der Argumentation für die Durchführung einer Bestandsaufnahme zum Stand und einer notwendigen Fortschreibung des Leitbilds Pirna 2030. Allerdings ließen sich einige der vorgeschlagenen Indikatoren nur schwer oder gar nicht ermitteln.

Die Stadt Pirna erstellt seit zwei Jahren einen Leitbildbericht sowie jährlich einen Bericht im Rahmen des European Energy Award. Diese müssen beide inhaltlich aufeinander abgestimmt sein. Bei der Fortschreibung des Leitbilds Pirna 2030 verstärkt die Stadt ihren Fokus auf die Übernahme von Zielen mit Bezug zur Nachhaltigkeitsstrategie des Landes Sachsen und zur Agenda 2030. Hierbei werden die SDG-Indikatoren für Kommunen zugrunde gelegt und geprüft, inwiefern diese Indikatoren stärker als quantitative Ziele der Stadtentwicklung im Leitbild verankert werden können. | |



Norbert Kaiser
ist Agenda-Beauftragter
und Stadtplaner bei der
Stadt Pirna.

Wirkungsorientierter Haushalt in Kiel

Die Ausgaben der Stadt sollen sich in Zukunft an konkreten Nachhaltigkeitszielen orientieren

| Julius Wenzig und Sebastian Ohlmeyer

Ende 2020 startete die Stadt Kiel ein Pilotprojekt, um ihren Haushalt in einigen Politikfeldern wirkungsorientiert auszurichten und sich nachhaltiger auszurichten. Das bedeutet: Konkrete Ziele, Maßnahmen und Kennzahlen sollen die Basis für Entscheidungen sein, wofür die Stadt Geld ausgibt. Wie funktioniert eine solche Umstellung und welche Vorteile bietet sie?

Als Richtschnur dienen hierfür die Agenda 2030 mit ihren 17 SDGs als globaler Rahmen sowie die 2010 verabschiedeten strategischen Kiel-Ziele des integrierten Stadtentwicklungskonzepts Kiel (INSEKK).

Mit den Geldern sollen in Zukunft besonders diejenigen Maßnahmen finanziert werden, die die größtmögliche Wirkung im Sinne der gesetzten Ziele erreichen. Das ist eine große Umstellung, denn „die Politik entscheidet bislang oftmals input-orientiert und legt fest, wie viel für einzelne Zwecke ausgegeben wird“, sagt Arno Frost, pensionierter Finanzreferent des Kämmers der Stadt Kiel und ehemaliger Leiter des Projekts. „Aber was mit dem Geld tatsächlich erreicht werden soll, wird oft nicht genau genug definiert“, so Frost weiter.

Im Rahmen des Pilotprojekts werden in den Politikfeldern Schule, Umwelt- und Klimaschutz, Wirtschaft und kommunale Entwicklungspolitik Ziele, Maßnahmen und



Foto: Daniela Roth

Kennzahlen entwickelt und mit den lokalen Politikerinnen und Politiker diskutiert und vereinbart. Anschließend werden sie mit dem Haushaltsplan verknüpft.

| Hierarchisches Zielsystem

Die Stadt erhofft sich von diesem Vorgehen, die begrenzten Mittel der Bürgerinnen und Bürger wesentlich zielführender im Sinne der SDGs einzusetzen.

Das Projektteam ordnete alle Kiel-Ziele und viele SDGs den Politikfeldern des Pilotprojekts zu und legte SDG 5 (Gleichheit der Geschlechter) und SDG 10 (Abbau von Ungleichheiten) als Querschnittsziele für alle Felder fest.

Um den Modellcharakter des Projektes zu wahren, erarbeitete die Verwaltung für jedes

Politikfeld maximal zwei strategische Ziele mit jeweils fünf operativen Zielen. Diese werden mit bestehenden und zukünftigen Maßnahmen sowie mit Kennzahlen und Indikatoren untermauert. Betrachtet werden sowohl die laufenden Ausgaben als auch die Investitionen des Kieler Haushalts, basierend auf dem doppelten Haushalts- und Rechnungswesen.

Der Stadtrat hatte mit seinem Beschluss einige strategische Ziele vorgegeben, andere stammen etwa aus dem Masterplan 100% Klimaschutz oder wurden in Workshops mit den einzelnen Fachbereichen erarbeitet. Eine besondere Herausforderung war es, die Ziele möglichst „SMART“, also spezifisch, messbar, attraktiv, realistisch und terminiert zu formulieren.

| Entwicklungspolitik als kommunales Handlungsfeld

Während die Politikfelder Schule, Umwelt- und Klimaschutz und Wirtschaft den Kiel-Zielen zugeordnet werden konnten, findet sich die kommunale Entwicklungspolitik darin nicht wieder. Sie umfasst alle kommunalpolitischen Maßnahmen, Mittel und Programme, um die nachhaltige Entwicklung in der Kommune selbst sowie (in ihren Partnerkommunen) im Globalen Süden zu fördern. Kiel engagiert sich stark in der kommunalen



Foto: Lh Kiel - Bodo Quante

Stärker wirkungsorientiert: Das gilt in Kiel auch für Maßnahmen zur „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ (BNE), wie bei der ersten BNE-Konferenz 2022.

Die Stadt Kiel fördert innerhalb des Modellprojekts auch Projekte im Globalen Süden – wie hier in Tansania.

Entwicklungspolitik beispielsweise über den Austausch mit ihren 13 internationalen Partnerstädten zu Themen der nachhaltigen Beschaffung, Klimaschutz, Abfallmanagement oder der Aufnahme von Geflüchteten. Die Landeshauptstadt unterstützt zudem den Distrikt Moshi in Tansania dabei, eine Krankenstation zu erweitern und eine Baumschule aufzubauen. Frauke Wiprich, Leiterin Internationales und Nachhaltigkeit im Büro des Stadtpräsidenten und Mitglied des Projektteams, erläutert dazu: „Die kommunale Entwicklungspolitik wird häufig noch als etwas Exotisches angesehen und ihr Nutzen für die Kommune ist selbst vielen Mitarbeitenden der Verwaltung nicht klar. Unser Pilotprojekt zum wirkungsorientierten Haushalt trägt zur besseren Wahrnehmung der Entwicklungspolitik bei und definiert dazu strategische Ziele für die Stadt.“

| Verknüpfung mit dem Haushalt

Wichtig ist, die Ziele, Maßnahmen und Kennzahlen mit dem Haushalt der Stadt zu verknüpfen. Sie werden daher jeweils den Kostenträgern zugeordnet und die prozentualen Anteile der Sach- und Personalaufwände werden je operativem Ziel dokumentiert. Was in der Modellphase des Projekts noch manuell geschieht, soll später automatisch erfasst werden. Dann lassen sich auch noch weitere Daten wie Stellenanteile ergänzen und laufende Auszahlungen für das spezifische Haushaltsjahr und Auszahlungen für längerfristige Investitionen unterscheiden. Allerdings ist der Aufwand für eine so hohe Genauigkeit der Zuordnung sehr groß. Arno Frost sagt dazu: „Beim wirkungsorientierten Haushalt kommt es nicht darauf an, alle Leistungen auf den Cent genau zu bewerten. Die eingesetzten Mittel stellen nur eine Seite der Medaille dar. Wichtiger ist es zu zeigen, ob und inwieweit mit den eingesetzten Mitteln die verfolgten Ziele erreicht werden.“

Wichtig ist auch, bei der Definition von Zielen, Kennzahlen und Indikatoren zu schau-



Die Politikfelder des Modellprojekts und die dazugeordneten Kiel-Ziele und SDGs

en, wie groß der Einfluss der Stadtverwaltung überhaupt ist. Sie sollte sich primär mit Zielen, Maßnahmen und Kennzahlen beschäftigen, die sie beeinflussen und verändern kann. In Anbetracht der nur begrenzt zur Verfügung stehenden Ressourcen ist es naheliegend, sich zunächst auf Bereiche zu konzentrieren, in denen große Finanzvolumen abgerufen werden.

| Reporting

Um über den Fortschritt und Status Quo der Ziele, Maßnahmen und Indikatoren zu berichten, entwickelte das Amt für Finanzwirtschaft ein Standardberichtswesen. Die Standardberichte richten sich mit der Selbstverwaltung, Verwaltungsspitze, Amtsleitung und operativen Ebene an unterschiedliche Empfänger und unterscheiden sich für die einzelnen Gruppen in Frequenz und Berichtsumfang. Der Hauptfokus liegt auf einer übersichtlichen Darstellung des Status Quo der Politikbereiche sowie dem Zielerreichungsgrad der strategischen und operativen Ziele und den aktuellen und geplanten Ausgaben. Mittelfristig soll diese Struktur um eine individuell anforderbare Berichtsfunktion erweitert werden.

| Strukturelle Verankerung

Wie Kiel den wirkungsorientierten Haushalt strukturell verankern wird, ist noch nicht

entschieden. Es zeichnet sich jedoch ab, dass die inhaltliche Verantwortung für Ziele und Maßnahmen bei den einzelnen Fachbereichen liegen wird, während das Amt für Finanzwirtschaft weiterhin eine federführende Rolle in der Zusammenführung der Inhalte haben wird. Eine Zustimmung zu den Zielen und eine Veränderung der Abläufe zur Haushaltsplanung muss noch mit der Selbstverwaltung besprochen werden.

Die SKEW unterstützt das Pilotprojekt, indem sie eine fachliche Begleitung und Beratung des Prozesses durch die corsus – corporate sustainability GmbH finanziert.



Julius Wenzig ist Senior Consultant bei der corsus – corporate sustainability GmbH.



Sebastian Ohlmeyer ist Projektleiter „Global Nachhaltige Kommune“ bei der SKEW.

Auf dem Weg zu einer „Global Nachhaltigen Kommune“ (GNK)

Das Projekt der SKEW unterstützt die Übersetzung der SDGs auf die kommunale Ebene



Foto: Vanessa Birnbaum

Obwohl die Grundprinzipien und Ziele der Agenda 2030 global gelten, hängt ihre Verwirklichung in erster Linie von konkreten Aktivitäten auf lokaler Ebene ab. In Gemeinden, Städten und Landkreisen werden sie gelebt und spiegeln nahezu alle Aufgabenfelder der kommunalen Daseinsvorsorge wider.

Eine bewusste Lokalisierung und Verankerung der UN-Nachhaltigkeitsziele im Verwaltungsalltag trägt zur inklusiven und nachhaltigen Kommunalentwicklung bei. Dies erfordert wiederum eine integrierte und zukunftsgerichtete Herangehensweise und ein kompetentes Management der zahlreichen kommunalen Nachhaltigkeits- und Entwicklungsinitiativen.

Doch wo und wie beginnen? Was ist das Ziel? Wie den Prozess gestalten? Welche Akteure einbinden? Was darf ich auf dem Weg nicht vergessen? Bei diesen und anderen Fragen können sich Kommunen vom Projekt „Global Nachhaltige Kommune“ der SKEW auf vielfältige Weise unterstützen lassen.

Informationen und **Austausch zur Agenda 2030:** Bei verschiedenen Veranstaltungen können sich Kommunen im Detail über die Agenda 2030 informieren und sich mit Fachleuten anderer Kommunen über die lokal gelebte Praxis nachhaltiger Entwicklung austauschen. Kommunen, die eigene Veranstaltungen zur Agenda 2030 durchführen wollen, erhalten beratende wie finanzielle Unterstützung.

Orientierung durch kommunale Nachhaltigkeitsstrategien und -berichte: Eine umfassende integrierte Nachhaltigkeitsstrategie ist Voraussetzung und Richtschnur einer vorausschauenden nachhaltigen Kommunalentwicklung. Nachhaltigkeitsstrategien rüsten die Kommunen für die Zukunft und sind ein nützliches Instrument, um die Zielerreichung der SDGs besser steuern und monitoren zu können. GNK-Beratungsleistungen unterstützen Kommunen je nach Bedarf bei der Erstellung von Nachhaltigkeitsstrategien, der Fortschreibung von Nachhaltigkeitsberichten, Voluntary Local Reviews (VLRs) oder Berichtsrahmen Nachhaltige Kommune (BNK).

Instrumente aus dem SDG-Werkzeugkasten: Der SDG-Werkzeugkasten beinhaltet zahlreiche positive Beispiele einer lokalen nachhaltigen Entwicklung und ganzheitliche Nachhaltigkeitsprozesse von Kommunen, ein Dashboard zur Erfassung von SDG-Indikatoren, Trainings zu Indikatorenentwicklung und SDG-Kommunikation, Online-Seminare zum Nachhaltigkeitsmanagement sowie SDG-Materialien.

Mitzeichnung der Musterresolution zur Agenda 2030: Mit der Unterzeichnung der Musterresolution des Deutschen Städtetags und des Rats der Gemeinden und Regionen Europas mit dem Titel „2030-Agenda für Nachhaltige Entwicklung: Nachhaltigkeit auf kommunaler Ebene gestalten“ bekennen sich Kommunen zu einer nachhaltigen Entwicklung vor Ort und weltweit.

Das Projekt „GNK“ fördert die interkommunale Beratung und lädt regelmäßig alle Unterzeichnerkommunen zum Fachaustausch bei einem bundesweiten Vernetzungstreffen ein. Dem Club der Agenda 2030 Kommunen gehören über 200 Kommunen an. | |

Beratungs- und Unterstützungsangebote der SKEW für kommunale Entwicklungspolitik

Die SKEW bietet eine breite Palette unterschiedlicher Fachberatung, Finanzierungsmöglichkeiten und Vernetzung an

Die in dieser Broschüre beschriebenen kommunalen Beispiele zeigen auf, dass neben der eigentlichen Projektarbeit auch die Grundlagenarbeit und damit ein organisationales Management für eine effektive Entwicklungs- und Nachhaltigkeitspolitik eine große Rolle spielt.

Wenn es in dem Zusammenhang zu konkretem Handeln übergeht, zeigen immer mehr Städte, Gemeinden und Landkreise ihr Engagement in der fairen Beschaffung und dem Fairem Handel als Beitrag zu SDG 12, in der Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhaltes oder in kommunale Partnerschaften mit unterschiedlichem thematischen Fokus in Asien, Afrika, Lateinamerika oder Ost- und Südosteuropa, sowie mit SDG-Konferenzen, Klimapartnerschaften und die der Förderung von gemeinsamen Projekten mit verschiedenen Förderinstrumenten.

Die SKEW von Engagement Global fördert seit 2001 deutschlandweit im Auftrag des

Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) mit finanzieller und personeller Unterstützung,

Beratungen und Austausch- und Vernetzungsmöglichkeiten. | |

Entwicklungspolitisches Engagement von Kommunen im Überblick

- **Fairer Handel und Faire Beschaffung**
Alles rund um die faire und nachhaltige öffentliche Beschaffung
<https://skew.engagement-global.de/fairer-handel-und-faire-beschaffung.html>
- **Gesellschaftlicher Zusammenhalt**
Stärkung kommunaler Entwicklungspolitik durch Zusammenarbeit und Vernetzung
<https://skew.engagement-global.de/gesellschaftlicher-zusammenhalt-in-kommunen-weltweit.html>
- **„Global Nachhaltige Kommune“**
Information, Beratung und Prozessbegleitung zur Lokalisierung der SDGs
<https://skew.engagement-global.de/global-nachhaltige-kommune.html>
- **Vermittlung und Aufbau internationaler kommunaler Partnerschaften**
Unterstützung von gemeinsamen Projektvorhaben mit Partnerkommunen im Globalen Süden
<https://skew.engagement-global.de/kommunale-partnerschaften-und-internationale-kommunalbeziehungen.html>

Anzeige

WELT-SICHTEN

Magazin für globale Entwicklung und ökumenische Zusammenarbeit

Das Magazin für alle, die mehr wissen wollen.

- Weltwirtschaft und Entwicklungspolitik
- Klimawandel und Umweltschutz
- Friedensfragen und die Rolle der Religionen

WELT-SICHTEN analysiert, hinterfragt, erklärt und macht neugierig. Die Zeitschrift bringt Reportagen, Berichte und Interviews über die Länder des Südens und über globale Fragen – jeden Monat direkt ins Haus.

Testen Sie uns!

Kostenloses Probe-Abo unter www.welt-sichten.org oder
Telefon 069-58098-138



- sachlich
- kritisch
- gründlich

Dieses Dossier ist eine Beilage zur Ausgabe 7/8-2022 von welt-sichten.

Konzept und Redaktion: Dr. Susanne Reiff (freie Journalistin); Annette Turmann, Dr. Till Winkelmann und Sophia Glaser (SKEW); Verena Schmidt (im Auftrag von welt-sichten)

Gestaltung: Angelika Fritsch, Matthias Koch

Verantwortlich i.S.d.P.: Dr. Stefan Wilhelmy, SKEW, Engagement Global gGmbH

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers wieder.

Redaktion „welt-sichten“
Postfach 50 05 50
D-60394 Frankfurt/Main
www.welt-sichten.org

Bestellung bei:
info@service-eine-welt.de

17 Ziele für eine global nachhaltige Kommune

Mit der Agenda 2030 haben die Vereinten Nationen einen Katalog von 17 Zielen vorgelegt, mit denen die Weltgemeinschaft bis 2030 ökonomisch, ökologisch und sozial zukunftsfähig werden will. Die neuen Ziele nehmen Kommunen explizit in die Verantwortung und verschränken globale, nationale

wie kommunale Nachhaltigkeitspolitik. Als Impulsgeber für kommunales Engagement unterstützt die *Servicestelle Kommunen in der Einen Welt (SKEW)* Städte, Gemeinden und Landkreise bei der Umsetzung der Nachhaltigkeitsziele. info@service-eine-welt.de | www.service-eine-welt.de

Unsere Angebote

- Kommunale Veranstaltungen und Informationen zur Agenda 2030 und den 17 globalen Nachhaltigkeitszielen
- Förderung, Beratung und Begleitung kommunaler Nachhaltigkeitsprozesse
- Unterstützung bei der Erstellung kommunaler Nachhaltigkeitsstrategien
- Praxisleitfäden und Studien

**ENGAGEMENT
GLOBAL**

Service für Entwicklungsinitiativen



mit ihrer

SERVICESTELLE
KOMMUNEN IN DER EINEN WELT

im Auftrag des



Bundesministerium für
wirtschaftliche Zusammenarbeit
und Entwicklung